

Liechtensteiner Volksblatt

Adresse: Feldkircher Strasse 5, 9494 Schaan

Telefon (075) 232 42 42

Fax Redaktion (075) 232 29 12

Fax Inserate (075) 232 95 46

Amtliches Publikationsorgan

80 Rp.

AKTUELL

Occasionen liegen in der Rezession im Trend

Bern (AP) In der Rezession liegen die Occasionsautos offenbar im Trend: Im vergangenen Jahr wechselten in der Schweiz rund 630.000 Gebrauchtwagen die Hand, was einem Zuwachs von 2,5 Prozent entspricht. Der Occasionenhandel zeigt damit eine gegenläufige Entwicklung zu den Neuwagen-Verkäufen, die 1993 einen Rückgang um mehr als elf Prozent hinnehmen mussten.

Zwar hat auch der Occasionenhandel 1992 einen Einbruch erlitten, scheint aber umso schneller aus der Krise herauszufinden. Die Verlags-gesellschaft Eurotax Schweiz AG erhält jeweils exklusiv vom Bundesamt für Transporttruppen die Meldungen der Strassenverkehrsämter über Handänderungen von Fahrzeugen. Diese Zahlen bestätigen den Aufschwung: Der für die Statistik zuständige Fachredaktor, Hans-Peter Annen, rechnet für 1993 mit gut 630.000 Verkäufen von Occasionsfahrzeugen. Im Vorjahr waren noch 615.000 Handänderungen von Gebrauchtwagen verzeichnet worden.

Umsätze im Detailhandel 93 deutlich gesunken

Bern (AP) Die Detailhandelsumsätze haben im vergangenen Jahr eine Einbusse erlitten. Die realen Umsätze gingen um 1,5 Prozent zurück, wie das BFS am Donnerstag mitteilte. Auch im Dezember verzeichneten die realen Umsätze im Vorjahresvergleich einen Rückgang von 1,3 Prozent, nominal aber eine leichte Erhöhung.

Gemäss den Erhebungen des Bundesamtes für Statistik (BFS) sanken die Umsätze 1993 im Durchschnitt nominal um 0,1 Prozent, nachdem sie vor Jahresfrist noch um 0,6 Prozent gestiegen waren. Für Nahrungs- und Genussmittel betrug der Umsatzrückgang 0,1 Prozent und für Bekleidungsartikel und Textilwaren 1,9 Prozent.

Europarat-Jahresbericht 1993 veröffentlicht

Bern (AP) 1993 hat der Europarat Estland, Litauen, Slowenien, die Slowakei, die tschechische Republik und Rumänien als neue Mitglieder aufgenommen. Wie aus dem am Donnerstag veröffentlichten Bericht des Bundesrates über die Tätigkeiten der Schweiz im Europarat hervorgeht, war das erste Gipfeltreffen im Oktober in Wien das herausragende Ereignis des vergangenen Jahres.

Das Treffen hatte zum ersten Mal die 32 Staats- und Regierungschefs der Mitgliedländer des Europarates versammelt. Der Gipfel sei ein Markstein auf dem Weg zu einer grösseren Rolle und verstärkten Verantwortung, die der Europarat auf dem Kontinent zu übernehmen habe, heisst es im Bericht.

Schauen Sie mal rein, in die neue Frühjahrs-Mode

Modehaus Hannelore

Im Zentrum Kaufin, 9494 Schaan

Einkommenssicherung für die liechtensteinischen Landwirte

Handlungsbedarf für die landwirtschaftlichen Organisationen und für die Regierung – Anpassung an Marktveränderungen gefordert

(G. M.) – Die Landwirtschaft steht unter einem grossen Anpassungsdruck: Einerseits soll die Produktion der traditionellen landwirtschaftlichen Güter eingeschränkt werden, andererseits müssen Massnahmen gesetzt werden, die zur Einkommenssicherung des Bauernstandes beitragen. Die Vereinigung Bäuerlicher Organisationen im Fürstentum Liechtenstein (VBO) hat zu Beginn dieser Woche in der sogenannten «Schellenberger Erklärung» auf die Situation der Landwirte hingewiesen und Forderungen an die Regierung zur Einkommenssicherung gestellt.

In den letzten Jahren mussten die Landwirte trotz verstärkten Arbeitseinsatzes Einkommensverluste hinnehmen, die nach einer Analyse der VBO in den letzten drei Jahren rund 30 % betragen. Regierungschef-Stellvertreter Thomas Büchel erklärte vor der VBO-Versammlung: «Diese Entwicklung, gepaart mit den laufenden Veränderungen wie Gatt, EWR und damit die Anpassung des Zollvertrages, bringt uns an einen Wendepunkt und damit zu einer Neuorientierung der Landwirtschaft.» Auf Anfrage bekräftigte der Ressortinhaber für das Landwirtschaftswesen: «Die Situation ist für unsere Landwirte schwierig geworden, die Regierung hat jedoch den Handlungsbedarf erkannt.»



Regierungschef-Stellvertreter Thomas Büchel zur Situation der Landwirtschaft: «Die Situation ist für unsere Landwirte schwierig geworden, die Regierung hat den Handlungsbedarf erkannt.» (Bild: Beat Schurte)

Innovationskraft der Landwirte

Der erst vor wenigen Wochen sein Amt angetretene Regierungschef-Stellvertreter, der an der VBO-Versammlung in der Diskussion mit den existentiellen Sorgen der Landwirte direkt konfrontiert wurde, befasst sich in seinem Ressort und in Zusammenarbeit mit dem zu-

ständigen Landwirtschaftsamt mit den akut gewordenen Problemen der Landwirtschaft, wobei er auf zwei Schwerpunkte setzt: «Zum einen auf die Innovationskraft der Landwirte, denn Landwirte sind Unternehmer, die unternehmerisch denken und handeln, sich an Marktveränderungen anpassen und neue Marktnischen suchen müssen. Zum

anderen muss die Landwirtschaftspolitik aber auch neu gestaltet werden. Wir müssen weg von der rein produktionsabhängigen Subvention hin zu Direktzahlungen, welche die gesamte Leistung der Landwirte berücksichtigen.»

Gesetzesentwurf für Direktzahlungen

In diese Überlegungen sind nach seinen Vorstellungen alle Produktionszweige miteinzubeziehen. Die einzelnen Punkte der «Schellenberger Erklärung» der VBO bilden nach seinen Worten Bestandteile der Arbeiten in der Regierung und im Landwirtschaftsamt. Die Landwirte haben nach seiner Einschätzung ihren Standpunkt klar dargelegt, so dass die Zusammenarbeit auf dieser Ebene sofort auf das Wesentliche konzentriert werden kann. «Momentan arbeiten wir an den Gesetzesentwürfen über die Milchkontingentierung und die Direktzahlungen», erklärte Regierungschef-Stellvertreter Thomas Büchel auf Anfrage und fügte hinzu: «Gerade die Neuregelung der Milchkontingentierung soll das bestehende System flexibler gestalten und jenen Landwirten zusätzliches Einkommen schaffen, für die sich ein Ausbau lohnt.»

Die «Schellenberger Erklärung» der VBO enthält die Forderung nach Sofortmassnahmen und zur Verbesserung der Rahmenbedingungen.

Das NTB ist und wird Fachhochschule

Direktor Josef Braun zur Situation des Neu-Technikums Buchs und zu Fragen der Zusammenarbeit

(G. M.) – Das Neu-Technikum Buchs (NTB), an dem das Fürstentum Liechtenstein beteiligt ist, soll nach den bildungspolitischen Vorstellungen der Schweiz zu einer Fachhochschule werden. Gegenüber dem Ausland besitzt das NTB die Anerkennung als Fachschule bereits, weil die liechtensteinische Regierung gemäss dem Hochschulgesetz nach der Ingenieurschule (LIS) auch dem NTB diese Anerkennung zukommen liess. Diese Aussage machte der Direktor des NTB, Prof. Josef Braun, in einem Interview mit der schuleigenen Zeitung.

Die Anerkennung der Technikerschulen als Fachhochschulen gemäss den europäischen Normen dürfte in der Schweiz noch einige Zeit auf sich warten lassen, weil zuerst noch das entsprechende Gesetz im Parlament verabschiedet und die notwendigen Verordnungen auf kantonaler Ebene erlassen

werden müssen. Das ursprünglich genannte Datum, nämlich das Inkrafttreten des Fachhochschulgesetzes auf anfangs 1995, wird sich nach den Worten von Prof. Braun kaum halten lassen.

Im Interview geht Prof. Josef Braun auch auf die Zusammenarbeit der Bildungsinstitutionen in unserer Region ein. Nach seinen Aussagen sollen demnächst in dieser Region mit etwa einer Million Einwohnern fünf Fachhochschulen entstehen: Drei berufs begleitende Abendingenieurschulen in St. Gallen, Vaduz und Chur, eine Fachhochschule soll neu in Dornbirn entstehen, und schliesslich noch das NTB. Dazu Prof. Josef Braun: «Betrachtet man dieses Bildungsangebot, stellt man fest, dass hier weder Absprachen existieren, noch Koordinationen vorgenommen werden. Es ist aber ein Gebot der Stunde, dass in einer Region wie der unseren im Sinne einer konzertier-

ten Aktion das Bildungsangebot aufeinander abgestimmt wird.»

Kritisch äussert sich Prof. Braun zur Berufsmatura, deren Inhalte den Bedürfnissen der Ingenieurschulen über weite Strecken nicht entsprechen. «So wie sich die Berufsmatura heute präsentiert, nämlich als eine Schrumpfversion der Mittelschulmatura», kritisiert Braun, «können wir nicht mehr an ihren Erfolg glauben.» Seine Kritik richtet sich nicht gegen die Institution der Berufsmatura, sondern gegen deren inhaltliche Füllung. Prof. Braun glaubt nicht daran, dass die Berufsmatura neues Schülerpotential eröffnen vermag. Nach seiner Auffassung werden kaum mehr Lehrlinge die Berufsmatura in der jetzigen Form absolvieren, als bis anhin die Berufsmittelschule besucht haben: «Damit verfehlt sie ihr dezidiertes Ziel.»

Mehr darüber auf Seite 5

Landtagseröffnung am 9. Februar 1994

(paf) – Die kommende Sitzungsperiode des Landtags beginnt am Mittwoch 9. Februar mit der Eröffnung durch S. D. Fürst Hans-Adam II. von und zu Liechtenstein. Vor der Eröffnungssitzung wird um 9.00 Uhr in der Pfarrkirche Vaduz das traditionelle Heiliggeistamt gefeiert. Zu diesem Gottesdienst, der vom Vaduzer Kirchenchor musikalisch umrahmt wird, sind auch alle Einwohnerinnen und Einwohner herzlich eingeladen.

Im Mittelpunkt der Eröffnungssitzung, die um 10.00 Uhr im alten Landtagssaal im Regierungsgebäude beginnt, stehen die Ansprachen S. D. des Landesfürsten und des Alterspräsidenten Paul Kinde. Im Verlaufe der Sitzung werden die Bürowahlen durchgeführt.

Die Eröffnungssitzung wird am Mittwoch, 9. Februar ab 10.00 Uhr im Landeskanaal als Tonübertragung ausgestrahlt (Wiederholung um 18.30 Uhr).

Gesamteuropäische Naturschutz-Kampagne vom Atlantik bis zum Ural

Der Europarat hat 1995 zum «Europäischen Naturschutzjahr» ausgerufen – Liechtenstein will sich ebenfalls daran beteiligen

(G. M.) – «Zwischen Atlantik und Ural, zwischen Lappland und den Mittelmeerinseln sind die Bedrohungen der Umwelt ganz unterschiedlich». Auf Grund dieser Erkenntnis hat der Europarat das Jahr 1995 zum «Europäischen Naturschutzjahr» ausgerufen und die europäischen Staaten zur Vorbereitung des Naturschutzjahres aufgerufen. Es soll, in Übereinstimmung mit den politischen Veränderungen auf dem europäischen Kontinent, eine gesamteuropäische Kampagne vom Atlantik bis zum Ural geben. Unser Land hat die Bereitschaft bekundet, an diesem «Europäischen Naturschutzjahr» ebenfalls teilzunehmen.

Die erste Kampagne für den Naturschutz führte der Europarat 1970 durch. Das Fürstentum Liechtenstein, obwohl damals noch nicht Vollmitglied des Europarates, nahm die Einladung zur Teilnahme an und führte eine Reihe von Veranstaltungen durch, die das Bewusstsein gegenüber dem Natur- und Umweltschutz stärkten. Wie aus einem Protokoll der Liechtensteinischen Gesellschaft für

Umweltschutz (LGU) hervorgeht, wird die Naturschutzkampagne des Europarates auch in unserem Land durchgeführt werden. Dazu soll ein Organisationskomitee und ein Beirat bestellt werden, welche die Aktionen und Veranstaltungen durchführt und koordiniert.

Das vor 25 Jahren durchgeführte europäische Naturschutzjahr bewirkte nach Angaben des Europarates eine allgemeine Bewusstseinsbildung in Europa und verhalf dem Gedanken zum Durchbruch, dass der Schutz unserer Umwelt notwendig ist.

Der Europarat fordert alle europäischen Staaten auf, sich am «Europäischen Naturschutzjahr 1995» zu beteiligen. Die Aufforderung ergeht an die 32 Mitgliedstaaten des Europarates, zu denen seit 1978 auch das Fürstentum Liechtenstein gehört, sowie an jene Länder, die mit dem Europarat zusammenarbeiten. Gesamthaft dürften sich somit rund 40 Länder am «Europäischen Naturschutzjahr 1995» beteiligen.



Der Europarat hat das Jahr 1995 zum «Europäischen Naturschutzjahr» ausgerufen. Auch das Fürstentum Liechtenstein wird sich an den vorgesehenen Kampagnen beteiligen, wobei die Koordination bei der Gesellschaft für Umweltschutz (LGU) liegt. (Archivbild: Brigit Risch)